Stand: 15.12.2025 16:14:46

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18668

"Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen Neue EU-Waldstrategie für 2030 COM (2021) 572 final BR-Drs. 722/21"

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 18/18668 vom 26.10.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/19273 des LA vom 30.11.2021
3. Beschluss des Plenums 18/19404 vom 07.12.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 99 vom 07.12.2021

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 26.10.2021 **Drucksache** 18/**18668**

Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen
Neue EU-Waldstrategie für 2030
COM (2021) 572 final
BR-Drs. 722/21

Verfahren gemäß § 83c BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 46. Sitzung am 26. Oktober 2021 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Stellungnahme des Landtags zur Mitteilung der Europäischen Kommission erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, die Mitteilung zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu überweisen (§ 83c Abs. 1 BayLTGeschO).

Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die Mitteilung der Europäischen Kommission landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

Die Neue EU-Waldstrategie für 2030, die auf der EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 aufbaut, ist als Bestandteil des „Fit-for-55-Pakets“ eine der Leitinitiativen des europäischen Grünen Deals. Durch Einbeziehung der vielfältigen Funktionen der Wälder soll sie einen Beitrag dazu leisten, das Ziel der EU zu erreichen, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55% zu senken und bis 2050 klimaneutral zu sein; ferner soll damit, wie im Europäischen Klimagesetz vorgesehen, der Abbau der Emissionen durch natürliche Senken gesteigert werden.

Die EU-Waldstrategie hat keine Rechtsverbindlichkeit, sie enthält jedoch die Ankündigung für verbindliche Rechtsakte, die deutlichen Einfluss auf die Wald- und Forstwirtschaft in den Mitgliedstaaten und damit auch in Bayern haben werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 30.11.2021 **Drucksache** 18/**19273**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen
Drs. 18/**18668**

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen Neue EU-Waldstrategie für 2030
COM (2021) 572 final
BR-Drs. 722/21

I. Beschlussempfehlung:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag hat sich im Frühjahr des Jahres 2021 mit einer ausführlichen Stellungnahme am Konsultationsverfahren der EU-Kommission zu einer neuen Waldstrategie beteiligt. Zur inzwischen veröffentlichten EU-Waldstrategie für 2030 wird auf die Haltung des Landtags hingewiesen, druckgelegt in der Drucksache 18/15306. Wesentliche Punkte werden hier noch einmal aufgegriffen:

Die Wälder Bayerns mit ihren vielfältigen Ökosystemleistungen und ihrer mehr als 300-jährigen Tradition einer nachhaltigen Bewirtschaftung und Pflege durch verantwortungsbewusste Waldbesitzende sind mehr denn je von herausragender Bedeutung für Mensch, Natur und Umwelt. Die rund 700 000 Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer in Bayern stellen sich den großen Herausforderungen und werden dabei im Rahmen der bayerischen Forstpolitik und nach dem Grundsatz „Eigenverantwortung und Solidarität“ erfolgreich unterstützt. Mit dem integrativen Ansatz des „Schützen und Nutzen“ sind die notwendige Pflege der Wälder und der Naturschutz auf großer Fläche vereint. Diese nachhaltige und multifunktionale Bewirtschaftung bayerischer Wälder hat dabei immer alle drei Säulen der forstlichen Nachhaltigkeit im Blick und kann damit auch europaweit beispielgebend sein.

Die größten Herausforderungen für die Wälder und für die Waldbesitzenden gehen derzeit vom anthropogen bedingten Klimawandel aus, dessen Auswirkungen bereits in den vergangenen Jahren Wälder massiv gefährdet und Einfluss auf Waldökosysteme gezeigt haben. Deshalb ist es zur Sicherung der Kohlenstoffspeicher und der Senkenfunktion notwendig, Wälder zu erhalten, und unverzüglich an die sich ändernden klimatischen Bedingungen anzupassen. Gleichzeitig ist die Biodiversität zu sichern und zu erhöhen, sie ist ein wichtiger Faktor, Ökosysteme langfristig zu stabilisieren. Wälder nachhaltig multifunktional zu bewirtschaften, ist ein wesentliches Ziel bayerischer Forstpolitik.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Den Zustand der Wälder in Europa umfassend und verlässlich beurteilen sowie verschiedene Datenquellen überprüfen und zu einem objektiven Bild zusammenfassen zu können, ist in Zeiten des Klimawandels sinnvoll. Statt der in der EU-Waldstrategie angekündigten Überwachung ist es jedoch zielführender, alle Betroffenen von Anfang an in einem transparenten Aufbauprozess eines Monitorings einzubinden, von den Mitgliedstaaten über die künftigen Nutzer bis hin zu den Waldbesitzenden. Der in der EU-Waldstrategie vorgeschlagene legislative Rechtsakt zur Beobachtung, Berichterstattung und Datenerhebung zum Thema Wald einschließlich der Vorgabe von Strategieplänen für Wälder und den waldbasierten Sektor greift weit in die Rechte und Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten ein. Bereits in der Konsultationsbeteiligung hat der Landtag betont, dass die politische Zuständigkeit für die Wälder bei den Mitgliedstaaten und den Ländern selbst liegt und dabei auf die am 11. November 2020 für die Vorbereitung der EU-Waldstrategie einstimmig von den Mitgliedstaaten verabschiedeten Ratsschlussfolgerungen unter deutscher Ratspräsidentschaft hingewiesen.

Die in der EU-Waldstrategie angekündigte Unterstützung und Weiterentwicklung einer nachhaltigen und schonenden Produktion sowie einer langfristigen Verwendung von Holz im Sinne der Nachhaltigkeit und als Klimaspeicher ist begrüßenswert. Gleichzeitig ist jedoch zu befürchten, dass die in der EU-Waldstrategie genannte und von der EU-Biodiversitätsstrategie ausgehende Ausweitung streng geschützter Gebiete auf zehn Prozent der Landesfläche nicht auf die beispielhaft genannten Primär- und Altwälder beschränkt bleibt. Dies würde die für den Klimaschutz durch Holzverwendung verfügbare Holzmenge in Europa reduzieren. Statt der Verwendung heimischen Holzes wäre zu erwarten, dass fehlende Holzmengen durch Importe zumindest teilweise aus Ländern mit niedrigeren Standards gedeckt würden. Auch hierzu hat sich der Landtag in der Drs. 18/15306 bereits eingehend geäußert.

Insgesamt darf die nachhaltige Waldpflege inklusive der notwendigen Anpassung der Wälder an den Klimawandel, die Verwendung von biologischen und erneuerbaren Rohstoffen sowie die Holzerzeugung und -verwendung durch die Umsetzung der EU-Waldstrategie nicht administrativ und legislativ gehemmt werden. D. h., dass Mehrbelastungen für die ohnehin bereits stark betroffenen Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer durch zusätzlichen Bürokratieaufwand sowie zukünftig mögliche zusätzliche Verwaltungs- und Rechtsverfahren vermieden werden müssen.

Zusammengefasst bleibt festzuhalten, dass die Ziele der EU-Kommission hinsichtlich Klimaschutz und Erhalt der Biodiversität zwar ausdrücklich geteilt werden. Notwendig ist für eine Zielerreichung aber ein ganzheitlicher Blick auf den gesamten Sektor, der Mitgliedstaaten, Regionen und nicht zuletzt die Waldeigentümer mitnimmt. Die Regionen haben schon seit Generationen für den Erhalt vielfältiger Wälder und Landschaften und die Förderung der Biodiversität gesorgt. Eine Umsetzung der EU-Waldstrategie und auch weiterer EU-Politiken, die Einfluss auf Wald und Forstwirtschaft nehmen, darf diese Zuständigkeit der Mitgliedsaaten und das Subsidiaritätsprinzip nicht unterminieren, sondern soll die auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Forstpolitik in den Mitgliedstaaten und Regionen unterstützen. Um den drängenden Herausforderungen zu begegnen, bedarf es eines gemeinsamen Vorgehens aller Beteiligten und Betroffenen, getragen von gegenseitigem Verständnis und Transparenz.

Berichterstatter: **Martin Schöffel**
Mitberichterstatterin: **Hans Urban**

II. Bericht:

1. Das nichtlegislative Vorhaben der Europäischen Union (§ 83c BayLTGeschO) wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das EU-Vorhaben endberaten.
2. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat das EU-Vorhaben in seiner 43. Sitzung am 10. November 2021 beraten und einstimmig beschlossen, die Federführung zu übernehmen (§83d Abs. 2 BayLTGeschO)
3. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat das EU-Vorhaben in seiner 44. Sitzung am 24. November 2021 federführend beraten und einstimmig zu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das EU-Vorhaben in seiner 48. Sitzung am 30. November 2021 endberaten und einstimmig empfohlen, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zuzustimmen mit der Maßgabe, dass folgender Satz angefügt wird: „Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.“.

Dr. Leopold Herz
Vorsitzender

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 07.12.2021 **Drucksache** 18/**19404**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen
Neue EU-Waldstrategie für 2030
COM(2021) 572 final
BR-Drs. 722/21

Drs. 18/**18668**, 18/**19273**

Der Landtag hat sich im Frühjahr des Jahres 2021 mit einer ausführlichen Stellungnahme am Konsultationsverfahren der EU-Kommission zu einer neuen Waldstrategie beteiligt. Zur inzwischen veröffentlichten EU-Waldstrategie für 2030 wird auf die Haltung des Landtags hingewiesen, druckgelegt in der Drucksache 18/15306. Wesentliche Punkte werden hier noch einmal aufgegriffen:

Die Wälder Bayerns mit ihren vielfältigen Ökosystemleistungen und ihrer mehr als 300-jährigen Tradition einer nachhaltigen Bewirtschaftung und Pflege durch verantwortungsbewusste Waldbesitzende sind mehr denn je von herausragender Bedeutung für Mensch, Natur und Umwelt. Die rund 700 000 Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer in Bayern stellen sich den großen Herausforderungen und werden dabei im Rahmen der bayerischen Forstpolitik und nach dem Grundsatz „Eigenverantwortung und Solidarität“ erfolgreich unterstützt. Mit dem integrativen Ansatz des „Schützen und Nutzen“ sind die notwendige Pflege der Wälder und der Naturschutz auf großer Fläche vereint. Diese nachhaltige und multifunktionale Bewirtschaftung bayerischer Wälder hat dabei immer alle drei Säulen der forstlichen Nachhaltigkeit im Blick und kann damit auch europaweit beispielgebend sein.

Die größten Herausforderungen für die Wälder und für die Waldbesitzenden gehen derzeit vom anthropogen bedingten Klimawandel aus, dessen Auswirkungen bereits in den vergangenen Jahren Wälder massiv gefährdet und Einfluss auf Waldökosysteme gezeigt haben. Deshalb ist es zur Sicherung der Kohlenstoffspeicher und der Senkenfunktion notwendig, Wälder zu erhalten, und unverzüglich an die sich ändernden klimatischen Bedingungen anzupassen. Gleichzeitig ist die Biodiversität zu sichern und zu erhöhen, sie ist ein wichtiger Faktor, Ökosysteme langfristig zu stabilisieren. Wälder nachhaltig multifunktional zu bewirtschaften, ist ein wesentliches Ziel bayerischer Forstpolitik.

Den Zustand der Wälder in Europa umfassend und verlässlich beurteilen sowie verschiedene Datenquellen überprüfen und zu einem objektiven Bild zusammenfassen

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

zu können, ist in Zeiten des Klimawandels sinnvoll. Statt der in der EU-Waldstrategie angekündigten Überwachung ist es jedoch zielführender, alle Betroffenen von Anfang an in einem transparenten Aufbauprozess eines Monitorings einzubinden, von den Mitgliedstaaten über die künftigen Nutzer bis hin zu den Waldbesitzenden. Der in der EU-Waldstrategie vorgeschlagene legislative Rechtsakt zur Beobachtung, Berichterstattung und Datenerhebung zum Thema Wald einschließlich der Vorgabe von Strategieplänen für Wälder und den waldbasierten Sektor greift weit in die Rechte und Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten ein. Bereits in der Konsultationsbeteiligung hat der Landtag betont, dass die politische Zuständigkeit für die Wälder bei den Mitgliedstaaten und den Ländern selbst liegt und dabei auf die am 11. November 2020 für die Vorbereitung der EU-Waldstrategie einstimmig von den Mitgliedstaaten verabschiedeten Ratsschlussfolgerungen unter deutscher Ratspräsidentschaft hingewiesen.

Die in der EU-Waldstrategie angekündigte Unterstützung und Weiterentwicklung einer nachhaltigen und schonenden Produktion sowie einer langfristigen Verwendung von Holz im Sinne der Nachhaltigkeit und als Klimaspeicher ist begrüßenswert. Gleichzeitig ist jedoch zu befürchten, dass die in der EU-Waldstrategie genannte und von der EU-Biodiversitätsstrategie ausgehende Ausweitung streng geschützter Gebiete auf zehn Prozent der Landesfläche nicht auf die beispielhaft genannten Primär- und Altwälder beschränkt bleibt. Dies würde die für den Klimaschutz durch Holzverwendung verfügbare Holzmenge in Europa reduzieren. Statt der Verwendung heimischen Holzes wäre zu erwarten, dass fehlende Holzmengen durch Importe zumindest teilweise aus Ländern mit niedrigeren Standards gedeckt würden. Auch hierzu hat sich der Landtag in der Drs. 18/15306 bereits eingehend geäußert.

Insgesamt darf die nachhaltige Waldpflege inklusive der notwendigen Anpassung der Wälder an den Klimawandel, die Verwendung von biologischen und erneuerbaren Rohstoffen sowie die Holzerzeugung und -verwendung durch die Umsetzung der EU-Waldstrategie nicht administrativ und legislativ gehemmt werden. D. h., dass Mehrbelastungen für die ohnehin bereits stark betroffenen Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer durch zusätzlichen Bürokratieaufwand sowie zukünftig mögliche zusätzliche Verwaltungs- und Rechtsverfahren vermieden werden müssen.

Zusammengefasst bleibt festzuhalten, dass die Ziele der EU-Kommission hinsichtlich Klimaschutz und Erhalt der Biodiversität zwar ausdrücklich geteilt werden. Notwendig ist für eine Zielerreichung aber ein ganzheitlicher Blick auf den gesamten Sektor, der Mitgliedstaaten, Regionen und nicht zuletzt die Waldeigentümer mitnimmt. Die Regionen haben schon seit Generationen für den Erhalt vielfältiger Wälder und Landschaften und die Förderung der Biodiversität gesorgt. Eine Umsetzung der EU-Waldstrategie und auch weiterer EU-Politiken, die Einfluss auf Wald und Forstwirtschaft nehmen, darf diese Zuständigkeit der Mitgliedstaaten und das Subsidiaritätsprinzip nicht unterminieren, sondern soll die auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Forstpolitik in den Mitgliedstaaten und Regionen unterstützen. Um den drängenden Herausforderungen zu begegnen, bedarf es eines gemeinsamen Vorgehens aller Beteiligten und Betroffenen, getragen von gegenseitigem Verständnis und Transparenz.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

Ilse Aigner

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen, auch die AfD-Fraktion. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 17. November 2021 (Vf. 57-VII-21) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 82 Abs. 1 und 2 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl. S. 588, BayRS 2132-1-B), die zuletzt durch § 4 des Gesetzes vom 25. Mai 2021 (GVBl. S. 286) geändert worden ist

   PII-G1310.21-0023
   Drs. 18/19366 (G)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

   I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren:
   II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
   III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	**ohne**

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Ablehnung“** zugrunde zu legen.

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 25. November 2021 (Vf. 60-VII-21) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der §§ 2 bis 5, 10, 11, 14 und 15 der Fünfzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (15. BayIfSMV) vom 23. November 2021 (BayMBl. Nr. 816, BayRS 2126-1-19-G)

   PII-G1310.21-0024
   Drs. 18/19358 (G)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

   Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	A	ENTH	Z

Europaangelegenheiten

3. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

   Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen Neue EU-Waldstrategie für 2030
   COM(2021) 572 final
   BR-Drs. 722/21
   Drs. 18/18668, 18/19273 (E)

   Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

   Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen und um Berücksichtigung der Bedenken im weiteren Verfahren gebeten.

   Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

4. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Verkehr
Eine Drohnen-Strategie 2.0 für Europa zur Förderung einer nachhaltigen und intelligenten Mobilität
08.10.2021 - 31.12.2021
Drs. 18/18669, 18/19286 (E) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19286 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

5. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Umwelt
Schutz der Meeresumwelt – Überprüfung der EU-Vorschriften
22.07.2021 - 21.10.2021
Drs. 18/18077, 18/19287 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19287 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

6. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Umwelt
Integrierte Wasserbewirtschaftung – überarbeitete Listen von Schadstoffen in Oberflächengewässern und im Grundwasser
26.07.2021 - 01.11.2021
Drs. 18/18078, 18/19288 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19288 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

7. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Umwelt
Luftqualität – Überarbeitung der EU-Vorschriften
23.09.2021 - 16.12.2021
Drs. 18/18272, 18/19289 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19289 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

8. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Binnenmarkt
Tourismusleistungen – Initiative zu kurzfristigen Vermietungen
27.09.2021 - 13.12.2021
Drs. 18/18273, 18/19290 (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19290 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	ENTH	Z

Anträge

9. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Florian von Brunn u.a. SPD
„Housing First“ – BayernHeim soll auch für Wohnungslose bauen
Drs. 18/12354, 18/19236 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunale Finanzen sichern –
Gerechte Grundsteuer in Bayern verwirklichen
Drs. 18/16017, 18/19220 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

11. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Recyclingpotenziale ausschöpfen – Kunststoffabfälle getrennt sammeln
Drs. 18/17123, 18/19362 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Jürgen Baumgärtner, Alexander König, Jochen Kohler u.a. CSU
Reduzierung des Schwefelgehalts im Kerosin
Drs. 18/17125, 18/19245 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Martin Schöffel, Eric Beißwenger u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Moorforschungsprogramm Bayern: Mit Mooren für den Klimaschutz
Drs. 18/17495, 18/19265 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
„Bayern barrierefrei“ weiter konsequent umsetzen
Drs. 18/17538, 18/19224 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Christian Klingen, Ralf Stadler AfD
Exportverbot von Zucht- und Schlachttieren in Länder außerhalb der EU
Drs. 18/17577, 18/19246 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

16. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Den besten Freund des Menschen schützen I – Registrierungspflicht von Hundewelpen umgehend einführen
Drs. 18/17700, 18/19247 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

17. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Den besten Freund des Menschen schützen II – Illegale Hundetransporte in Bayern registrieren, stärker kontrollieren und sanktionieren
Drs. 18/17701, 18/19248 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	A

18. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Den besten Freund des Menschen schützen III – Welpenhandel über das Internet einschränken
Drs. 18/17702, 18/19249 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

19. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Den besten Freund des Menschen schützen IV – Hundeführerscheine für Ersthundekäufer
Drs. 18/17703, 18/19250 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

20. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Den besten Freund des Menschen schützen V – Tierschutz im Heimtierbereich sicherstellen, verbindliche Qualitätsstandards sicherstellen
Drs. 18/17704, 18/19251 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Entsorgungsproblematik von Windkraftanlagen endlich begegnen!
Drs. 18/17809, 18/19252 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Verbraucher aufklären statt bevormunden – Einführung einer Fleischsteuer verhindern!
Drs. 18/17810, 18/19203 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

23. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Ruth Müller u.a. SPD
Verkehrswende weiß-blau: Mut zum klimafreundlichen öffentlichen Verkehr der Zukunft
Drs. 18/17815, 18/19238 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

24. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Horst Arnold u.a. SPD
Wie wollen die Menschen in Bayern wohnen? – Studie zur Entwicklung des Wohnverhaltens und von Wohnkonzepten
Drs. 18/17819, 18/19239 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Expertenanhörung: Aufklärung und Hilfe für Opfer sexuellen Missbrauchs in der evangelischen Kirche in Bayern
Drs. 18/17843, 18/19225 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

26. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Expertenanhörung: Aufklärung und Hilfe für Opfer sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche in Bayern
Drs. 18/17844, 18/19226 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

27. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Aussteigerprogramme für Anhänger von Extinction Rebellion
Drs. 18/17882, 18/19349 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

28. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU
Frühzeitig EU-Batterieverordnung beeinflussen – Lithium-Ionen-Akkus stärker berücksichtigen
Drs. 18/17927, 18/19363 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Klimapartnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern ausbauen
Drs. 18/18037, 18/19351 (A)

auf Antrag der SPD-Fraktion Votum des mitberatenden Ausschusses für Umwelt- und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	A	Z	Z

30. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
Verzögerungen beenden, Verantwortung gerecht werden – PCR-Pooltests in Kitas endlich auf den Weg bringen
Drs. 18/18069, 18/19228 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

31. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Klimaanpassung statt CO_2-Vermeidung – Aktionistischen Klimaschutz beenden und wirtschaftlich tragbare Lösungen auf den Weg bringen
Drs. 18/18105, 18/19364 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

32. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Innovative Sonderwirtschaftsregionen in Bayern einführen!
Drs. 18/18118, 18/19221 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

33. Antrag der Abgeordneten Martin Böhm, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Kostenerstattung für staatliche Hochbaumaßnahmen beschleunigen
Drs. 18/18119, 18/19223 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

34. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang u.a. und Fraktion (AfD)
Ermöglichung nötiger Investitionen in bayerische Infrastruktur, Bildung und Forschung mit einem Deutschlandfonds
Drs. 18/18120, 18/19234 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

35. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Martina Fehlner u.a. SPD
Sonderfonds zur Beseitigung der Altlasten in Altenstadt a.d. Waldnaab, Neustadt a.d. Waldnaab und Windischeschenbach
Drs. 18/18122, 18/19237 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	A

36. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
Kinder vor Missbrauch schützen: Präventionsprogramm „Kein Täter werden“ ausweiten
Drs. 18/18126, 18/19229 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

37. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Horst Arnold SPD
Unsere Verantwortung für die afghanischen Ortskräfte
Drs. 18/18208, 18/19359 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

38. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Christoph Skutella u.a. und Fraktion (FDP)
Wasserversorgung für unsere Kommunen sicherstellen – Übergangsfristen für RZWas 2018 ermöglichen
Drs. 18/18222, 18/19365 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

39. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP), Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zur Situation der Prostituierten in Bayern
Drs. 18/18232, 18/19230 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

40. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Landesschlichtungsstelle für Barrierefreiheit und Teilhabe
Drs. 18/18234, 18/19231 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

41. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Einführung einer Landesfachstelle Barrierefreiheit
Drs. 18/18235, 18/19232 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

42. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Regelmäßiger Bericht über das Projekt „Speisenanbieterbefragung“
Drs. 18/18236, 18/19233 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

43. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Jan Schiffers u.a. und Fraktion (AfD)
Corona mit Pflanzenkraft bekämpfen 1: Cannabis-Inhaltsstoffe nutzen
Drs. 18/18237, 18/19257 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

44. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
Corona mit Pflanzenkraft besiegen 2: Wirkung von Bromelain erforschen
Drs. 18/18238, 18/19259 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

45. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Fachtagung „Digitalisierung zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung“
Drs. 18/18240, 18/19235 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

46. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Corona-Ausgangssperren unverhältnismäßig – zu Unrecht vereinnahmte Bußgelder unverzüglich zurückerstatten!
Drs. 18/18261, 18/19263 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

47. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Großelterntag, Wahlaufruf etc. – Bericht zur Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
Drs. 18/18262, 18/19360 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

48. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Deutschlandtakt auch für Bayern! Vier Gleise zwischen Pasing und Eichenau!
Drs. 18/18263, 18/19240 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

49. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Christian Klingen u.a. AfD
Shisha-Bars – gesundheitliche Risiken offenlegen
Drs. 18/18375, 18/19260 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

50. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Geplanter Landestarif
Drs. 18/18378, 18/19241 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

51. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gemeinsam gegen die Klimakrise: Innovation durch Kooperation-Ausbau kommunaler Klimapartnerschaften
Drs. 18/18480, 18/19353 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	ENTH

52. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Martina Fehlner u.a. SPD
Wechsel im Kanzleramt in Wien:
Neustart für die bayerisch-österreichischen Beziehungen
Drs. 18/18489, 18/19227 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	ENTH	Z	A

53. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU
Evaluation der Vereinigung der Pflegenden in Bayern
Drs. 18/18495, 18/19261 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

54. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u.a. SPD
Verbindliche 3G-Regelungen bei Beerdigungen und 3G-Empfehlungen für religiöse Veranstaltungen
Drs. 18/18498, 18/19262 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	Z

55. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Für Pressefreiheit und Medienpluralismus in Europa kämpfen
Drs. 18/18671, 18/19264 (G)

auf **Antrag der FDP-Fraktion** Votum des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z